



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Starkstrominspektorat ESTI
Inspection fédérale des installations à courant fort ESTI
Ispettorato federale degli impianti a corrente forte ESTI
Inspecturat federal d'installaziuns a current ferm ESTI

Hauptsitz / siège / sede principale
Eidgenössisches Starkstrominspektorat ESTI
Luppenstrasse 1, 8320 Fehraltorf
Tel. 044 956 12 12, Fax 044 956 12 22
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Niederlassung / succursale
ESTI Romandie
Chemin de Mornex 3, 1003 Lausanne
Tél. 021 311 52 17, fax 021 323 54 59
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Mitteilung / Communication / Comunicazione

Verordnung über elektrische Niederspannungsinstalltionen (NIV) Bewilligung für das Ausführen von Servicearbeiten und Kleininstalltionen, ohne dass ein formeller Sicherheitsnachweis ausgestellt werden muss

1. Ausgangslage

Gemäss Art. 23 Abs. 1 letzter Satz der Verordnung über elektrische Niederspannungsinstalltionen (NIV; SR 734.27) muss der Inhaber einer allgemeinen Installationsbewilligung in jedem Fall einen Sicherheitsnachweis ausstellen. Die Anforderungen an den Sicherheitsnachweis sind in Art. 37 Abs. 1 NIV definiert.

Die Durchsetzung dieser Vorschrift bei Servicearbeiten und Kleininstalltionen ist in der Praxis schwierig. Solche Arbeiten werden in der Regel vom Ersteller zwar kontrolliert, er erstellt aber meistens keinen Sicherheitsnachweis. Diesbezüglich macht die Installations-Branche einen grossen administrativen Aufwand geltend, der relativ schnell grösser sein könne als der Zeitaufwand für die Installationsarbeit selber. Namentlich in grösseren Betrieben, wo auf Servicearbeiten und Kleininstalltionen spezialisierte Equipen eingesetzt werden, sei der administrative Aufwand kaum zu bewältigen. Hinzu kommt, dass Servicearbeiten und Kleininstalltionen wegen ihres geringen Anschlusswerts in der Regel der Netzbetreiberin nicht gemeldet werden müssen (siehe Art. 23 Abs. 1 Satz 2 NIV), sodass der Netzbetreiberin gar nicht bekannt ist, wo solche Arbeiten ausgeführt werden. Das erschwert die Durchsetzung der eingangs erwähnten Vorschrift zusätzlich.

2. Ausnahmereverfügung des Departements UVEK für Servicearbeiten und Kleininstalltionen

In Kenntnis der genannten Fakten hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK am 29. April 2009 eine Ausnahmere-

verfügung erlassen, derzufolge für Servicearbeiten und Kleininstalltionen in Abweichung von Art. 23 Abs. 1 letzter Satz NIV auf die Erstellung eines Sicherheitsnachweises nach Art. 37 Abs. 1 NIV verzichtet werden kann.

Von der Ausnahmereverfügung erfasst werden nur bestimmte, definierte Arbeiten. Zudem darf der Zeitaufwand für diese Arbeiten pro Liegenschaft/Objekt 2 Stunden nicht übersteigen.

Der Verzicht auf das Ausstellen eines Sicherheitsnachweises entbindet nicht von der Pflicht, vor Inbetriebnahme der Installation eine baubegleitende Erstprüfung nach Art. 24 Abs. 1 NIV durchzuführen und diese zu dokumentieren (idealerweise geschieht dies auf dem Arbeitsrapport, der zusammen mit der Rechnung an den Kunden geht).

Die übrigen Anforderungen der NIV gelten unverändert auch für Servicearbeiten und Kleininstalltionen.

Die Ausnahmereverfügung des UVEK ist ab Datum der Unterzeichnung (29. April 2009) in Kraft. Sie ist im Wortlaut unter Ziffer 4 nachfolgend abgedruckt.

3. Stichprobenkontrollen

Das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI wird stichprobenweise prüfen, ob die Inhaber einer allgemeinen Installationsbewilligung die Ausnahmereverfügung des UVEK richtig anwenden.

4. Ausnahmereverfügung des Departements UVEK vom 29. April 2009 im Wortlaut

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

gestützt auf:

- das Elektrizitätsgesetz vom 24. Juni 1902 (EleG, SR 734.0)
- Artikel 1 Absatz 4 der Verordnung über elektrische Niederspannungsinstalltionen vom 7. November 2001 (NIV, SR 734.27);
- die Anordnung des Departementsvorstehers vom 1.11.1995 gestützt auf Art. 49 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21.3.1997 [RVOG; SR 172.010], wonach der Generalsekretär und seine Stellvertreter ermächtigt sind, Entscheide im Namen des Departementsvorstehers zu unterzeichnen;

erwägt:

1. Formelles

Nach Artikel 1 Absatz 4 NIV kann die Abweichung von einzelnen Vorschriften der Verordnung bewilligt werden, wenn eine Bestimmung nur unter ausserordentlichen Schwierigkeiten befolgt werden kann oder sie sich für die technische Entwicklung als hinderlich erweist. Zuständig für die Erteilung solcher Bewilligungen ist das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK, oder in weniger bedeutenden Fällen das Eidgenössische Starkstrominspektorat (ESTI). Vorliegend geht es um die Abweichung von der Pflicht, für alle Installationsarbeiten einen Sicherheitsnachweis zu erstellen. Es handelt sich damit um eine Ausnahme, die durch das UVEK zu bewilligen ist.

2. Materielles

Das Erstellen eines Sicherheitsnachweises für elektrische Installationen ist unbezweifelbar mit einem gewissen administrativen Aufwand verbunden. Besonders ins Gewicht fällt in diesem Zusammenhang, dass der Sicherheitsnachweis in aller Regel nicht vor Ort, auf der «Baustelle», erstellt werden kann, sondern erst nachträglich im Büro am Computer. Das bedeutet konkret, dass die vom Monteur vor Ort erhobenen technischen Angaben und Ergebnisse der Kontrolle nachträglich noch übertragen werden müssen. Der Zeitaufwand für diese administrative Nachbearbeitung einer Service- oder Kleinarbeit kann daher relativ schnell grösser sein als die eigentliche Arbeit selber. Damit entstehen für den Kunden zusätzliche Kosten, und die Akzeptanz dieser Bestimmung bei der Branche und den Kunden ist eher klein.

Servicearbeiten und Kleininstallationen müssen wegen ihres geringen Anschlusswerts in der Regel der Netzbetreiberin nicht angezeigt werden (Art. 23 Abs. 1 Satz 2 NIV). Dieser ist daher gar nicht bekannt, wo solche Arbeiten ausgeführt werden. Die Kontrolle, ob solche Arbeiten ausgeführt wurden und ob für diese ein formeller Sicherheitsnachweis vorliegt, erfolgt daher grundsätzlich erst nachträglich im Zusammenhang mit der periodischen Installationskontrolle. Das erschwert die Durchsetzung der Vorschrift zusätzlich.

Damit den Interessen der Sicherheit trotz der geringen Akzeptanz der gesetzlichen Lösung und der Schwierigkeiten bei der Kontrolle Rechnung getragen wird, werden in der Praxis bereits seit einiger Zeit die Ergebnisse der Erstprüfung nach Servicearbeiten und Kleininstallationen direkt dem Arbeitsrapport festgehalten, der zusammen mit der Rechnung auch an den Kunden geht. Dieser hat damit die Gewissheit, dass seine Arbeit nach den Regeln der Technik ausgeführt und kontrolliert wurde. Die Anliegen der Verordnung sind damit auch für diese untergeordneten Arbeiten mit verhältnismässigem Aufwand erfüllt.

Die Branche selber will die vorgeschlagene Erleichterung ausdrücklich nur dann gelten lassen, wenn der administrative Aufwand im Verhältnis zum tatsächlichen Arbeitsaufwand unverhältnismässig wäre. Sie hat deshalb eine sehr restriktive Umschreibung des Geltungsbereiches für die Ausnahmebewilligung vorgeschlagen.

Die Ausnahme bezieht sich im Weiteren auch nur auf das Ausstellen des formellen Sicherheitsnachweises. Alle anderen Vorschriften im Zusammenhang mit dem Ausführen von Installationsarbeiten wie bezüglich Ausbildung und Ausrüstung der ausführenden Personen oder der Pflicht zur baubegleitenden Erstprüfung gelten unverändert auch für Servicearbeiten und Kleininstallationen.

verfügt:

1. Für Servicearbeiten und Kleininstallationen kann in Abweichung von von Artikel 23 Absatz 1 letzter Satz der Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen (NIV) auf die Erstellung eines formellen Sicherheitsnachweises nach Artikel 37 Absatz 1 NIV verzichtet werden.
2. Als Servicearbeiten und Kleininstallationen gelten die folgenden Arbeiten, wenn der Zeitaufwand pro Liegenschaft/Objekt 2 Stunden nicht übersteigt:
 - Auswechseln von Schaltern und Beleuchtungskörpern;
 - Störungsbehebungen;
 - Auswechseln von einzelnen Steckdosen an einer bestehenden Zuleitung;
 - Zusätzliche Installation einzelner Steckdosen ab einem bestehenden Gruppenüberstromunterbrecher;
 - Auswechseln von fest angeschlossenen Haushaltgeräten mit gleicher Leistung an einer bestehenden Zuleitung.
3. Der Verzicht auf das Ausstellen eines Sicherheitsnachweises entbindet nicht von der Pflicht, nach Abschluss der Arbeiten eine baubegleitende Erstprüfung gemäss Artikel 24 Absatz 1 NIV

durchzuführen und diese zu dokumentieren.

4. Die übrigen Anforderungen der Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen betreffend die Ausführung und Kontrolle von Installationsarbeiten gelten unverändert auch für Servicearbeiten und Kleininstallationen.
5. Diese Verfügung wird gestützt auf Artikel 13 Absätze 2 und 3 des Publikationsgesetzes (SR 170.512) und Artikel 18 der Publikationsverordnung (SR 170.512.1) im Bundesblatt publiziert.
6. In Anwendung von Artikel 35 Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (SR 172.021) können Betroffene eine Verfügung mit einer Rechtsmittelbelehrung verlangen.
7. Mitteilung an:
Bundesamt für Energie zur Information an:
 - Eidgenössisches Starkstrominspektorat
 - Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
 - Verband Schweizerischer Elektroinstallationsfirmen
 - Verband Schweizerischer Elektrokontrollen
 - schweizerischer verband der dipl. absolventinnen und absolventen höherer fachschulen

UVEK Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie, Kommunikation

Der stellvertretende Generalsekretär
André Schrade

Dario Marty, Chefingenieur

Kontakt/contact/contatto

Hauptsitz/siège/sede centrale

Eidgenössisches Starkstrominspektorat ESTI
Luppenstrasse 1, 8320 Fehraltorf
Tel. 044 956 12 12, Fax 044 956 12 22
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Niederlassung/succursale

ESTI Romandie
Chemin de Mornex 3, 1003 Lausanne
Tél. 021 311 52 17, fax 021 323 54 59
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Ordonnance sur les installations électriques à basse tension (OIBT)

Autorisation de procéder à des travaux de maintenance et à des installations mineures sans obligation d'établir le rapport de sécurité formel

1. Situation initiale

Selon l'art. 23, al. 1, dernière phrase de l'ordonnance sur les installations électriques à basse tension (OIBT; RS 734.27), le titulaire d'une autorisation générale d'installer doit dans tous les cas établir un rapport de sécurité. Les exigences relatives au rapport de sécurité sont définies à l'art. 37, al. 1 OIBT.

Il est difficile d'appliquer dans la pratique cette prescription pour les travaux de maintenance et les installations mineures. En règle générale, de tels travaux sont certes contrôlés par le constructeur, mais ce dernier n'établit pas la plupart du temps de rapport de sécurité. A ce propos, la branche de l'installation fait valoir l'ampleur des efforts administratifs, qui peuvent assez rapidement devenir supérieurs au temps passé pour les travaux d'installation proprement dits. En particulier dans les plus grandes entreprises où des équipes spécialisées interviennent pour les travaux de maintenance et les installations mineures, la partie administrative serait à peine maîtrisable. A ceci s'ajoute que les travaux de maintenance et les installations mineures, du fait de leur faible puissance nécessaire à l'alimentation, ne doivent en général pas être annoncés à l'exploitant de réseau (voir art. 23, al. 1, 2^e phrase OIBT), de sorte que l'exploitant de réseau ne sait même pas où de tels travaux sont effectués. Cela complique en plus d'imposer le respect de la prescription évoquée au début.

2. Décision de dérogation du DETEC pour les travaux de maintenance et les installations mineures

En connaissance des éléments cités, le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication DETEC a prononcé le 29 avril 2009 une décision de dérogation en vertu de laquelle pour les travaux de maintenance et les installations mineures, par dérogation à l'art. 23, al. 1, dernière phrase OIBT, il est autorisé de renoncer à établir le rapport de sécurité prévu à l'art. 37, al. 1 OIBT.

Ne sont concernés par cette exception que certains travaux définis. De plus, le temps passé pour ces travaux ne doit pas dépasser deux heures par immeuble/objet.

L'autorisation de ne pas établir un rapport de sécurité ne dispense pas de l'obli-

gation d'effectuer, avant la mise en service de l'installation, une première vérification selon l'art. 24, al. 1 OIBT et de consigner celle-ci (ceci s'effectue idéalement dans le rapport de travail envoyé au client avec la facture).

Les autres exigences de l'OIBT s'appliquent également aux travaux de maintenance et aux installations mineures.

La décision de dérogation du DETEC est en vigueur depuis la date de la signature (29 avril 2009). Son texte est imprimé ci-dessous au chiffre 4.

3. Contrôles par sondage

L'Inspection fédérale des installations à courant fort ESTI contrôlera par sondage si les titulaires d'une autorisation générale d'installer appliquent correctement la décision de dérogation du DETEC.

4. Texte de la décision de dérogation du DETEC du 29 avril 2009

Le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

vu:

- la loi du 24 juin 1902 sur les installations électriques (LIE, RS 734.0);
- l'art. 1, al. 4 de l'ordonnance du 7 novembre 2001 sur les installations électriques à basse tension (OIBT, RS 734.27);
- les instructions du chef du département du 1^{er} novembre 1995 reposant sur l'art. 49 de la loi du 21 mars 1997 sur l'organisation du gouvernement et de l'administration [LOGA; RS 172.010], qui autorisent le secrétaire général et ses suppléants à signer des décisions au nom du chef du département;

considère:

1. Formellement

Selon l'art. 1, al. 4 OIBT, une dérogation à certaines prescriptions de l'ordonnance peut être autorisée si une disposition s'avère extraordinairement difficile à respecter ou entrave le développement technique. L'autorisation d'une telle dérogation relève de la compétence du Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

(DETEC) ou, dans des cas de moindre importance, de celle de l'Inspection fédérale des installations à courant fort (ESTI). En l'occurrence, il s'agit d'une dérogation à l'obligation d'établir un rapport de sécurité, à laquelle toute intervention est soumise. C'est donc une exception devant être autorisée par le DETEC.

2. Matériellement

L'établissement d'un rapport de sécurité relatif à une installation électrique entraîne indiscutablement une certaine charge administrative. Dans ce contexte, le fait que le rapport de sécurité ne peut pas, en règle générale, être établi sur place, sur le 'chantier', mais seulement plus tard au bureau, sur ordinateur, compte pour beaucoup. Concrètement, cela signifie que les données et résultats techniques du contrôle recueillis sur place par le monteur doivent encore être reportés. Le temps nécessaire au traitement administratif d'un travail de maintenance ou d'un travail mineur peut donc assez facilement excéder la durée d'exécution du travail lui-même. Il en découle des coûts supplémentaires pour le client et l'acceptation dont jouit cette disposition au sein de la branche et parmi les clients est plutôt mince.

En raison du faible niveau de la puissance d'alimentation nécessaire, les travaux de maintenance et les installations mineures ne doivent pas obligatoirement, en principe, faire l'objet d'un avis à remettre à l'exploitant de réseau (art. 23, al. 1, 2^e phrase OIBT). Ce dernier n'a donc même pas connaissance des lieux où sont exécutés de tels travaux. En conséquence, le contrôle visant à savoir si de tels travaux ont été exécutés et si un rapport de sécurité a été formellement établi n'a lieu, en général, qu'après coup, en lien avec les contrôles périodiques des installations. La prescription n'en est que plus difficile encore à appliquer.

Afin de préserver la sécurité visée malgré la faible acceptation de la solution légale et les difficultés à effectuer des contrôles, les résultats de la première vérification réalisée après les travaux de maintenance et les installations mineures sont, dans les faits, relevés directement, depuis quelque temps déjà, dans le rapport d'intervention qui est également adressé avec la facture au client.

Ce dernier a ainsi la certitude que le travail a été exécuté et contrôlé dans les règles de l'art. De la sorte, les visées de l'ordonnance se trouvent atteintes y compris pour ces travaux de moindre importance, sans charge disproportionnée.

La branche elle-même souhaite que la facilité proposée ne soit expressément valable que dans les cas où la charge administrative serait disproportionnée au regard de la charge de travail réelle. En ce sens, elle a proposé une délimitation très restrictive du champ d'application à retenir pour l'autorisation d'exception.

De plus, l'exception ne vaut que pour l'établissement du rapport de sécurité formel. Toutes les autres prescriptions relatives à l'exécution de travaux sur des installations, à la formation et à l'équipement des personnes effectuant les travaux ou à l'obligation d'effectuer une première vérification restent applicables sans changement pour les travaux de maintenance et les installations mineures.

décide:

1. Par dérogation à l'art. 23, al. 1, dernière phrase de l'ordonnance sur les installations électriques à basse tension (OIBT), il est autorisé, pour les travaux de maintenance et les installations mineures, de renoncer à établir le rapport de sécurité formel prévu à l'art. 37, al. 1, OIBT.
2. Sont considérés comme travaux de maintenance et installations mineures les travaux suivants, lorsque le temps consacré à leur exécution ne dépasse pas 2 heures par emplacement ou par objet:

- remplacement d'interrupteurs et de luminaires;
 - suppressions de perturbations;
 - remplacement de prises électriques sur une ligne d'alimentation existante;
 - installation complémentaire de prises électriques en aval d'un coupe-surintensités collectif existant;
 - remplacement d'appareils électroménagers raccordés à demeure, sans changement de puissance, sur une ligne d'alimentation existante.
3. L'autorisation de ne pas établir le rapport de sécurité ne dispense pas de l'obligation d'effectuer une première vérification une fois les travaux achevés, comme prévu à l'art. 24, al. 1, OIBT, et de le consigner dans le dossier.
 4. Les autres exigences que l'ordonnance sur les installations à basse tension prescrit en lien avec l'exécution et le contrôle de travaux sur des installations s'appliquent également aux travaux de maintenance et aux installations mineures.
 5. La présente décision est publiée dans la Feuille fédérale conformément à l'art. 13, al. 2 et 3 de la loi sur les publications officielles (RS 170.512) et à l'art. 18 de l'ordonnance sur les publications officielles (RS 170.512.1).
 6. En application de l'art. 35, al. 3, de la loi fédérale sur la procédure administrative (RS 172.021), toute personne concernée peut exiger une décision indiquant les voies de recours.
 7. Communication à:
 - l'Office fédéral de l'énergie,
 - pour information à:
 - l'Inspection fédérale des installations à courant fort,

- l'Association des entreprises électriques suisses,
- l'Union suisse des installateurs-électriciens,
- l'Association suisse pour le contrôle des installations électriques,
- l'Association suisse des diplômées et des diplômés des écoles supérieures.

Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication DETEC

Le Secrétaire général suppléant
André Schrade

Dario Marty, ingénieur en chef

Ordinanza concernente gli impianti elettrici a bassa tensione (OIBT)

Autorizzazione per l'esecuzione di lavori di manutenzione e di piccoli lavori di installazione senza l'obbligo di allestire un rapporto di sicurezza formale

1. Premessa

Secondo l'art. 23 cpv. 1 ultima frase dell'ordinanza concernente gli impianti elettrici a bassa tensione (OIBT; RS 734.27) il titolare di un'autorizzazione generale di installazione deve in ogni caso allestire un rapporto di sicurezza. I requisiti, che il rapporto di sicurezza deve soddisfare, sono definiti nell'art. 37 cpv. 1 OIBT.

In pratica, in caso di lavori di manutenzione e di piccoli lavori di installazione, è difficile applicare questa disposizione. Di norma, tali lavori vengono sì controllati dall'esecutore, ma solitamente quest'ultimo non redige alcun rapporto di sicurezza. Al riguardo le imprese attive nel settore delle installazioni fanno valere il fatto che ciò occasionerebbe un notevole onere amministrativo, che abbastanza in fretta potrebbe essere molto maggiore del dispendio di tempo per il lavoro di installazione stesso. Specialmente nelle imprese di una certa dimensione, in cui per lavori di manutenzione e piccoli lavori di installazione vengono impiegate squadre specializzate, si riesce a malapena a venire a capo dell'onere amministrativo. A ciò si aggiunge il fatto che di norma, a causa della loro bassa potenza di allacciamento, i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione non devono essere notificati al gestore di rete (vedere art. 23 cpv. 1 seconda frase OIBT), cosicché quest'ultimo non sa affatto dove tali lavori sono stati eseguiti. Ciò rende ulteriormente difficoltoso imporre il rispetto della disposizione menzionata all'inizio.

2. Decisione di deroga del DATEC per l'esecuzione di lavori di manutenzione e di piccoli lavori di installazione

In conoscenza dei fatti summenzionati, il 29 aprile 2009 il Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia e delle comunicazioni DATEC ha emanato una decisione di deroga, a seguito della quale in deroga all'art. 23 cpv. 1 ultima frase OIBT per i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione si può rinunciare alla presentazione di un rapporto di sicurezza secondo l'art. 37 cpv. 1 OIBT.

La decisione di deroga riguarda solamente determinati lavori definiti. Inoltre per questi lavori il dispendio di tempo per immobile/oggetto non può superare le 2 ore.

La rinuncia alla presentazione di un rapporto di sicurezza non esenta dall'obbligo di eseguire, prima della messa in servizio dell'impianto, una prima verifica secondo l'art. 24 cpv. 1 OIBT e di preparare una documentazione a riguardo, una volta conclusi i lavori (ciò avviene idealmente nel protocollo dei lavori, che viene inviato ai clienti insieme alla fattura).

I restanti requisiti dell'OIBT rimangono immutati anche per i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione.

La decisione di deroga del DATEC entra in vigore a partire dalla data della firma (29 aprile 2009). Il suo testo è riportato qui di seguito al punto 4.

3. Controlli a campione

L'Ispettorato federale degli impianti a corrente forte ESTI verificherà mediante controlli a campione, se i titolari di un'autorizzazione generale di installazione applicano correttamente la decisione di deroga del DATEC.

4. Testo della decisione di deroga del DATEC del 29 aprile 2009

Il Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia e delle comunicazioni,

visti:

- la legge del 24 giugno 1902 sugli impianti elettrici (LIE, RS 734.0);
- l'articolo 1 capoverso 4 dell'ordinanza del 7 novembre 2001 sugli impianti a bassa tensione (OIBT, RS 734.27);
- l'istruzione del Capo del Dipartimento del 1.11.1995, basata sull'art. 49 della legge del 21 marzo 1997 sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione [LOGA, RS 172.010], che conferisce al Segretario generale e ai suoi supplenti il diritto di firmare le decisioni a nome del Capo del Dipartimento,

considera:

1. Sul piano formale

In virtù dell'articolo 1 capoverso 4 OIBT, la deroga a singole disposizioni dell'ordinanza può essere autorizzata se una norma può essere rispettata solo con grande difficoltà o se ostacola l'evoluzione tecnica.

L'organo competente per queste autorizzazioni è il Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia e delle comunicazioni DATEC oppure, in casi meno importanti, l'Ispettorato federale degli impianti a corrente forte (ESTI). Nella fattispecie, si tratta della deroga all'obbligo di fornire un rapporto di sicurezza per tutti i lavori di installazione. Tale deroga costituisce un'eccezione che deve essere autorizzata dal DATEC.

2. Sul piano materiale

La presentazione di un rapporto di sicurezza per gli impianti elettrici richiede indubbiamente un certo onere amministrativo. In particolare, vi è lo svantaggio che, di norma, tale rapporto non può essere stilato in loco, bensì solo in seguito al computer in ufficio. Ciò significa in concreto che i dati tecnici rilevati sul posto dall'installatore e i risultati del controllo devono essere trasmessi successivamente. Il dispendio di tempo per effettuare queste operazioni nell'ambito di una manutenzione o di un piccolo lavoro può essere molto maggiore rispetto al lavoro stesso. Per i clienti ciò significa costi supplementari e pertanto tale disposizione è accettata malvolentieri dai diretti interessati.

Di norma, i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione su impianti con potenza di allacciamento bassa non devono essere notificati al gestore di rete (art. 23 cpv. 1 seconda frase OIBT). Quest'ultimo quindi non sa, dove sono stati eseguiti i lavori. Il controllo della loro esecuzione e della presenza o meno di un rapporto di sicurezza formale avviene di norma successivamente, nell'ambito del controllo periodico degli impianti. Tutto ciò finisce per rendere ancora più ostica l'attuazione della disposizione di legge.

Affinché gli interessi della sicurezza possano essere tutelati, nonostante il basso consenso a favore della norma stabilita dalla legge e le difficoltà legate ai controlli, già da qualche tempo è prassi indicare direttamente sul protocollo dei lavori eseguiti i risultati della prima verifica effettuata dopo i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione. Il protocollo viene inviato ai clienti insieme alla fattura. In tal modo questi ultimi hanno la certezza che i lavori sono stati eseguiti e controllati secondo le regole

della tecnica. Grazie a questa soluzione, i requisiti dell'ordinanza sono soddisfatti con oneri adeguati anche per questi lavori secondari.

Le imprese del settore intendono far applicare espressamente le agevolazioni proposte solo nel caso in cui l'onere amministrativo è sproporzionato rispetto al dispendio di lavoro effettivo. Esse hanno pertanto proposto una delimitazione restrittiva del campo di applicazione delle deroghe.

Le deroghe riguardano solamente la presentazione di un rapporto di sicurezza formale. Tutte le altre disposizioni in merito all'esecuzione dei lavori, la formazione e l'equipaggiamento del personale addetto, come anche l'obbligo relativo alla prima verifica, rimangono valide anche per i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione.

decide:

1. In deroga all'articolo 23 capoverso 1 ultima frase OIBT, per i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione si può rinunciare alla presentazione di un rapporto di sicurezza secondo l'articolo 37 capoverso 1 OIBT.
2. Purché il dispendio di tempo per immobile/opera non superi le due ore, per lavori di manutenzione e piccoli lavori di installazione si intende:
 - la sostituzione di interruttori e di dispositivi di illuminazione;
 - la riparazione di guasti;

- la sostituzione di singole prese di corrente su una linea di alimentazione esistente;
 - l'installazione supplementare di singole prese di corrente a valle di un gruppo interruttore di sovracorrente esistente;
 - la sostituzione di elettrodomestici con la stessa potenza e allacciamento fisso a una linea di alimentazione esistente.
3. La rinuncia alla presentazione di un rapporto di sicurezza non esenta dall'obbligo di eseguire una prima verifica secondo l'articolo 24 capoverso 1 OIBT e di preparare una documentazione a riguardo, una volta conclusi i lavori.
 4. I restanti requisiti dell'ordinanza concernenti l'esecuzione e il controllo di lavori di installazione rimangono immutati anche per i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione.
 5. In virtù dell'articolo 13 capoversi 2 e 3 della legge sulle pubblicazioni ufficiali (RS 170.512) e dell'articolo 18 dell'ordinanza sulle pubblicazioni ufficiali (RS 170.512.1), la presente decisione è pubblicata sul Foglio federale.
 6. In applicazione dell'articolo 35 capoverso 3 della legge sulla procedura amministrativa (RS 172.021), gli interessati possono esigere una decisione con indicazione dei rimedi giuridici.
 7. Notifica a:
Ufficio federale dell'energia per informazione a:

- Ispettorato federale degli impianti a corrente forte
- Associazione delle aziende elettriche svizzere
- Unione svizzera degli installatori elettricisti
- Associazione svizzera per i controlli degli impianti elettrici
- associazione svizzera delle diplomate e dei diplomati delle scuole specializzate superiori

DATEC Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia e delle comunicazioni

Il Segretario generale supplente
André Schrade

Dario Marty, ingegnere capo